

„So zerlegt die Kirche sich selbst“

19. Januar 2023, 3:50 Uhr



"Wäre es als moralische Institution nicht sinnvoller, sich der Wahrheit und der eigenen Schuld zu stellen?" Der Münchner Rechtsanwalt Ulrich Wastl.

(Foto: Stephan Rumpf/Stephan Rumpf)

Vor einem Jahr ist das Gutachten zu Kindesmissbrauch erschienen, das unter anderem dem ehemaligen Papst Fehler vorwarf. Ein Gespräch mit Gutachter Ulrich Wastl über seine Zweifel an der Aufklärungsbereitschaft führender Kirchenmänner - und über das, was der Staat tun müsste.

Von Bernd Kastner und [Annette Zoch](#)

Das Gutachten zu Kindesmissbrauch in der Erzdiözese München und Freising hat vor einem Jahr weltweit Aufsehen erregt. Hochrangigen Kirchenmännern wurden darin gravierende Fehler vorgeworfen, Papst Benedikt XVI. ebenso wie dem amtierenden Erzbischof Reinhard Marx. Jetzt zieht der Gutachter Ulrich Wastl kritisch Bilanz.

SZ: Herr Wastl, in den Nachrufen zu Benedikt XVI. hieß es häufig, er sei der erste ernsthafte Aufklärer gewesen. Was sagen Sie dazu?

Ulrich Wastl: Anders als andere tue ich mich schwer, kurz nach seinem Tod viel über Benedikt zu sagen. Nur so viel: Er war wohl an Aufklärung und Aufarbeitung interessiert, es gab zumindest viele Vorschriften in diese Richtung. Ob diese mit Nachdruck verfolgt wurden, daran habe ich meine Zweifel.

Seine Stellungnahme für Ihr Gutachten zeugt nicht von großem Aufklärungswillen.

Wir sind ja Rechtsanwälte und gewohnt, anwaltliche Schreiben zu bekommen. Von daher muss man diese Antwort von Benedikt relativieren: Nach unserer Einschätzung ist das ein Werk von überforderten Beratern.

Aber seine Unterschrift steht drunter.

Wenn er den Text gelesen und verstanden hat, muss ich sagen: Das ist eines Papstes nicht würdig. Diese Stellungnahme ist nicht mehr und nicht weniger als ein Beratungsdesaster. Sie passt aber natürlich zur maximalen Verteidigungshaltung, die er aus unserer Sicht eingenommen hat.

Erzbischof Georg Gänswein, der Privatsekretär des verstorbenen Papstes, hat nach eigenen Angaben den Auftrag, die Notizen Benedikts zu vernichten. Wie bewerten Sie das, gerade mit Blick auf Aufarbeitung?

Für eine fundierte Aufarbeitung wäre dies ein Schlag ins Gesicht. Es wäre aber auch für die Kirche schädlich. Es blieben nur noch Fragen, wie beispielsweise: Gab es eine derartige Bitte des verstorbenen Papstes überhaupt? Geht es wieder nur um die einseitige Deutungshoheit? Was gilt es zu verbergen?

Wie haben Sie Herrn Gänswein während der Arbeit am Gutachten erlebt?

Herr Gänswein hat früh versucht, uns in die Schranken zu weisen. Er hat uns einen langen Brief geschrieben, in dem er uns äußerungsrechtlich belehrt hat. Wir haben zumindest Anhaltspunkte dafür, dass er im unmittelbaren Kontakt versucht hat, Einfluss auszuüben auf unsere Auftraggeberin.

Wurde der Druck an Sie als Gutachter weitergegeben?

Nachdem ich Akten zu Hunderten von Fällen gelesen habe, Hunderte Geschichten, was Menschen in der Kirche erleiden mussten - da will ich nicht über den Druck sprechen, den wir aushalten mussten.

Kardinal Reinhard Marx hat beim Requiem für Benedikt XVI. auch Missbrauchsbedroffene zum Gebet eingeladen. Wie finden Sie das?

Nicht besonders feinfühlig. Er muss ja damit rechnen, dass es unter den Betroffenen unterschiedliche Grade der Verarbeitung gibt. Es braucht ein gewisses Verständnis für die besondere Lage von Betroffenen. Das gilt über München hinaus: Mit ganz wenigen Ausnahmen hat die Kirche bis heute nicht verstanden, dass man Betroffene nicht problemlos, geschweige denn als untergeordnete Teilnehmer, in die Aufarbeitung einbinden kann.

Wieso das?

Betroffene werden eher eine Gegnerstellung einnehmen, das muss sogar sein. Da ist eine so wahnsinnige Verletzung geschehen, dass die Repräsentanten der Täterinstitution nicht erwarten können, dass am Ende alle einander die Hand geben. Das mag in der Einzelseelsorge funktionieren, aber nicht als genereller Ansatz der Aufarbeitung.

Was sagen Ihnen Betroffene zum Umgang von Marx mit dem Thema?

Marx wird eine zu passive Haltung attestiert.

Was heißt das konkret?

Es ging damit los, dass Marx nicht zur Vorstellung des Gutachtens erschienen ist. Natürlich kann der Kardinal argumentieren, er hätte ad hoc sowieso nichts sagen können zu den nahezu 2000 Seiten. Aber diese Souveränität muss er haben, sich reinzusetzen und zuzuhören. In Aachen haben wir das ganz anders erlebt, da saß Bischof Helmut Dieser vor uns und hat das Gutachten auch entgegengenommen. In München war Marx nicht da, dann kam kurz darauf ein Pressestatement, ohne dass Nachfragen erlaubt waren. Dann kam eine Woche später eine Pressekonferenz, in der gesagt wurde, in einem Jahr erzählen wir, welche Lehren wir gezogen haben. Machen Sie sich mal klar: Das Thema sexueller Missbrauch ist in Deutschland spätestens seit 2002 bekannt, seit 2010 virulent.

"Bis heute eine tief erschütterte Gemeinde": In Garching an der Alz setzte das Erzbistum München einen verurteilten Missbrauchstäter ein.

(Foto: Peter Kneffel/picture alliance/dpa)

Am Dienstag hat Kardinal Marx nun seine Bilanz ein Jahr nach dem Gutachten vorgestellt, selbstkritisch, aber auch positiv, was Aufarbeitung und Prävention angeht. Wie bewerten Sie das?

Wir waren in die Umsetzung unserer Empfehlungen und in weitere Aktivitäten der Erzdiözese im letzten Jahr nicht eingebunden. Mit dieser Einschränkung kann ich aber sagen, dass die Erzdiözese im Bereich der Prävention durchaus Maßstäbe gesetzt hat. Auch dass sie an uns als Gutachter trotz Widerstände interessierter Kreise festgehalten hat, sehe ich positiv. Was die weitere Aufarbeitung angeht, erkenne ich aber - und da zitiere ich den Kardinal - noch Luft nach oben.

Was meinen Sie konkret?

Wie angekündigt, haben wir dem Erzbistum in einem Management-Letter ergänzende Hinweise und Empfehlungen gegeben. Zu dessen Inhalt möchte ich jedoch nichts sagen.

Wie ging es denn in Aachen nach der Abgabe des Gutachtens weiter?

Ein paar Stunden nach unserer Präsentation fand ein Gespräch statt, auch mit Bischof und Generalvikar. Das ist in einer sehr offenen, konstruktiven Stimmung verlaufen.

In München gab es so ein offenes Gespräch nicht?

Jedenfalls nicht in unserem Beisein. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Diese Gegenüberstellung sagt manches.

Das können Sie jetzt so interpretieren, ich kann Ihnen nur mein persönliches Erleben schildern. Nach dem Gespräch in Aachen sind wir rausgegangen und, ja, es ist jetzt ein komischer Ausdruck, aber ich benutze ihn bewusst: Wir waren beseelt. Wir haben danach gesagt: Die haben es wirklich verstanden. Wir hatten das Gefühl, in Aachen passiert jetzt für die Betroffenen etwas Sinnvolles.

In Ihren Empfehlungen im Münchner Gutachten ist ja auch der Betroffenenbeirat genannt. Wie nehmen Sie den wahr?

Ich habe ein generelles Problem mit dieser Organisationsform, weil trotz des großen Engagements der Mitglieder dieser Gremien bleibt: Es besteht ein völliges Ungleichgewicht zwischen Diözese und Beirat. Die Betroffenen bräuchten ein selbstverwaltetes Budget, selbstgewählte Psychologen, Sozialarbeiter, Rechtsanwälte. Betroffene haben ganz eigene Interessen in ihrem Verhältnis zur Institution Kirche. Eine Betroffenenvertretung muss gänzlich unabhängig und auf Augenhöhe mit der Diözesanleitung umgehen können. Was man ansonsten mit Betroffenen manipulativ machen kann, hat Köln gezeigt.

Im Münchner Gutachten gibt es auch Leerstellen. Warum haben Sie die Rolle der Weihbischöfe nicht untersucht?

Unsere Aufgabe war es, die Verantwortlichkeiten aus juristischer Sicht zu prüfen. Bei Weihbischöfen existieren keine unmittelbaren juristischen Verantwortlichkeiten, also auch keine Pflichten. Aber ich finde, dass man die Rolle der Weihbischöfe überdenken muss. Sie legen zwar Wert darauf, die obersten Seelsorger in der ihnen zugewiesenen Region zu sein, und treten ja auch entsprechend auf. Wenn es aber um Missbrauch und Verantwortung geht, dann passiert das, was ich den Murmeltier-Effekt nenne: Einer pfeift, und plötzlich sind alle weg. Ein gutes Beispiel ist Garching an der Alz.

Wo der Intensivtäter Peter H. eingesetzt war.

Garching ist bis heute eine tief erschütterte Gemeinde, die lange weitgehend alleingelassen wurde. Was bitte sonst ist die Rolle des Weihbischofs, als sich als Vertreter des Erzbischofs vor Ort den Menschen zuzuwenden? Das ist ohnehin ein Aspekt, der in der Aufarbeitung noch zu kurz kommt, die Rolle von Gemeinden.

Inwiefern?

Wie kann es sein, dass sich in manchen Gemeinden heute noch bei Missbrauchsfällen zwei Lager bilden? Und sich für den Täter immer noch Unterstützerguppen finden? Da fehlt es an einer klaren Ansage von oben. Ich beschäftige mich auch mit Compliance und Wirtschaftsstrafrecht. Um das mal auf ein Unternehmen zu übertragen: Wenn in einer Filiale vor Ort etwas schief läuft, dann muss von der Führungsebene ein klarer "Tone from the top" kommen, ein Bekenntnis zur Compliance-Richtlinie. Und dann schicke ich jemanden in die Filiale, der dort nach dem Rechten schaut und die Vorgaben verdeutlicht.

In Garching ist "Sauerteig" aktiv, eine Gruppe von Gemeindemitgliedern, die Aufarbeitung und Versöhnung voranbringen will.

Das ist der Idealfall. Es ist in der Münchner Diözese singulär, soweit wir wissen. Dabei gibt es weitere Gemeinden, die Zuwendung bräuchten. Die Bistumsspitze hätte schon viel früher hinfahren und die Leute fragen müssen: Wie geht es euch? Diese aktiven Laien sind in Teilen natürlich überfordert. Es bräuchte ein von außen kommendes Kriseninterventionsteam, das sich aus nicht überwiegend auf der Gehaltsliste der Diözese stehenden Personen zusammensetzt.

Sehen Sie mit Blick auf die Gemeinden Missmanagement in der Diözesanleitung?

Ja. Vielleicht steht sich die Institution Kirche selbst im Wege, weil sie noch immer an die Selbstheilungskräfte glaubt. Das funktioniert aber nicht.

Vor Gerichten in Köln und Traunstein laufen Feststellungsklagen von Betroffenen gegen die Kirche. Sie wollen gerichtlich festgestellt wissen, dass die Kirche Schuld hat am Missbrauch.

Das ist ein genialer Schachzug, die Kirche muss jetzt Farbe bekennen. Es wird offenbar, womit die Kirche große Probleme hat: Sie müsste sich aktiv auf die Verjährung der Missbrauchstaten berufen.

Köln hat auf die Verjährung verzichtet. In München ist es bisher noch offen. Hätten Sie denn Verständnis, wenn die Kirche sich bei jahrzehntealten Fällen auf die Verjährung beruft?

Als Jurist sage ich: Natürlich ist es das Recht eines jeden Einzelnen, sich gegen Ansprüche mit der Einrede der Verjährung zur Wehr zu setzen. Unabhängig von juristischen Überlegungen stellt sich mir die Frage, ob sich die Kirche damit wirklich einen Dienst erweist. Wäre es als moralische Institution nicht sinnvoller, sich gegebenenfalls der Wahrheit und der eigenen Schuld zu stellen?

In den vergangenen Jahren ist der Eindruck entstanden, dass der Kölner Erzbischof Kardinal Rainer Maria Woelki der Vertuscher sei und sein Münchner Kollege Marx der Aufklärer. Stimmt das?

Die Einteilung schwarz oder weiß ist zu einfach. Für Woelki gilt: nichts gelernt. Nach meiner Einschätzung stellt er den Schutz der Institution über alles. Jede systemische Frage scheut er wie der Teufel das Weihwasser.

"Vielleicht steht sich die Institution Kirche selbst im Wege": Die Kardinäle Rainer Maria Woelki, Köln (links), und Reinhard Marx, München.

(Foto: Arne Dedert/dpa)

Wenn Sie Woelki mit Marx vergleichen?

Wir gehen davon aus, dass Marx verstanden hat, dass es so nicht weitergeht mit der Kirche.

Ist vorstellbar, dass Woelki erst im Sommer erfahren hat, dass es Missbrauchsvorwürfe gegen den verstorbenen Chef der Sternsinger gibt?

Woelki hat sich als Chefaufklärer präsentiert, als er 2014 nach Köln kam. Wenn er es zur Chefsache gemacht hat, ist es schwer nachvollziehbar, wenn er bei exponierten Fällen sagt: Da habe ich nichts gewusst oder nur Gerüchte gehört.

Warum nehmen Sie das an?

Die Akten waren in den Diözesen doch längst vorhanden. Es wirkt manchmal so, als hätten die Gutachter, Abrakadabra, Akten hervorgezaubert. Nein, damit wurde doch intern schon gearbeitet. Doch Woelki will von diesem Fall erst im Sommer 2022 erfahren haben. Das Zweite, was ich nicht verstehe: Seit 2011 haben wir das Anerkennungsverfahren auf Ebene der Bischofskonferenz. Betroffene haben in ihren Anträgen auf Entschädigung die Taten geschildert. Es gab also schon lange auf übergeordneter Ebene eine Stelle, die vieles wusste. Und trotzdem ist nichts passiert bis 2018.

In dem Jahr wurde die bundesweite Studie vorgestellt.

Da müssen Betroffene ihr Schicksal beschreiben - und dann fällt die Kirche 2018 aus allen Wolken. Es wird immer vergessen, dass es die Kenntnis über Missbrauch in den Diözesen

und auf Bundesebene schon lange gibt. Wenn Woelki bei kritischen Fällen sagt, er habe nichts gewusst, ist dies mit seiner Selbstdarstellung als Chefaufklärer nicht vereinbar! Oder totales Führungsversagen. Es ist ein Trauerspiel der Aufarbeitung durch die katholische Kirche! Wir sind im Jahr 2023!

Kann die Kirche die Aufarbeitung denn selbst organisieren?

Als wir vor 13 Jahren mit der ersten Untersuchung in München angetreten sind, dachten wir: Wenn die Kirche ernst nimmt, was in der Bibel steht, müsste sie in der Lage sein, eine gänzlich unabhängige Struktur zu schaffen. Aber aus heutiger Sicht sage ich, staatliche Unterstützung wäre sehr sinnvoll.

Was müsste der Staat tun?

Der Staat muss zunächst seine eigene Rolle kritisch bewerten. Wir waren ja in erzkatholischen Gegenden unterwegs, Aachen, Köln, München, da stößt man immer wieder auf Fälle, in denen man sieht, dass der Staat mit Tätern, die keinen weißen Kragen haben, anders umgegangen ist. Ich wünsche mir außerdem, dass Staat und Politik den Druck auf die Kirche erhöhen und klar benennen, was inakzeptabel und was erforderlich ist.

Nämlich?

Wir haben jetzt so viele Gutachten in Deutschland und weltweit, dass man nicht noch auf die letzte Studie warten muss. Ich habe die leise Vermutung, dass das die Kirche teilweise auch zur Verzögerung einsetzt. Der Staat sollte sich nun einmischen. Diesen Weg geht etwa das bayerische Justizministerium ...

... Sie meinen Georg Eisenreich von der CSU.

Er ist offensichtlich jemand, der sich hinsetzt und sagt: Ich glaube, die können es nicht, wir müssen es als Staat selber machen. Der auch verstanden hat, dass es eine unabhängige Ombudsstelle braucht für die Betroffenen. Die Kirche müsste sie bezahlen.

Reicht das aus?

Mich bewegt seit Jahren folgende Frage: Was wäre gewesen, wenn die Kirche 2010 gesagt hätte, wir lassen den Staat eine Stiftung gründen, die wir mit ausreichend Geld ausstatten. Diese Stiftung hat die Aufgabe, Opfer zu entschädigen und den Missbrauch unabhängig aufzuarbeiten. Honorarige Persönlichkeiten engagieren sich darin und garantieren, dass das umgesetzt wird. Hätte die Kirche das 2010 gemacht, stünde sie als der moralische Leuchtturm da. So aber zerlegt sie sich selbst, und das tut mir wirklich weh. Die Kirche braucht die Hilfe vom Staat.

© SZ - [Rechte am Artikel können Sie hier erwerben.](#)